

# **Gisela Gneist und die Erinnerungskultur nach 1989/90**

**Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin**

**verfasst von:**

**Prof. Dr. Frank Bajohr und Prof. Dr. Hermann Wentker**

**München, 10. November 2021**

Anlass für dieses Gutachten ist die Debatte über die geplante Benennung einer Straße nach Gisela Gneist im Neubaugebiet Aderluch in Oranienburg. Gisela Gneist war zwischen 1946 und 1950 im Speziallager Nr. 7 im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert; zwischen 1995 und 2006 fungierte sie als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. Da die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten Bedenken gegen eine solche Straßenbenennung hegte, wandte sie sich an das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin mit der Bitte, ein Gutachten zu erstellen, um einschätzen zu können, ob die damit verbundene Würdigung von Frau Gneist angemessen sei. Dazu wurden ihr Verfolgungsschicksal einschließlich der Hintergründe ihrer Inhaftierung in den Blick genommen, vor allem jedoch ihre Tätigkeit im Opferverband Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. und ihre öffentlichen Positionierungen in der Erinnerungskultur untersucht.

Gisela Gneist, geborene Dohrmann, wurde am 11. Januar 1930 in Wittenberge geboren. Über ihren Vater (Jahrgang 1904) ist nicht viel bekannt, außer dass er bereits „früh“, also wohl noch vor 1933, in die NSDAP eintrat. Die Mutter, geboren 1906, war Mitglied in der NS-Frauenschaft. Bis 1936 wuchs Gisela Dohrmann in Berlin auf, dann zog sie um nach Wittenberge. Zwischen 1939 und 1942 wohnte sie mit ihrer Mutter in Plau am See, um danach nach Wittenberge zurückzukehren, wo sie bei ihren Großeltern wohnte und die Schule besuchte. 1940 trat sie dem BDM bei; mit 12 Jahren, also 1942, wurde sie Jungmädelführerin. Das Kriegsende erlebte sie in Plau am See bei ihrer Mutter; sie zog danach aber zurück nach Wittenberge, um nach Wiederöffnung der Schulen im Herbst ihre Schulausbildung abzuschließen. Dort schloss sie sich einer Gruppierung an, die die Gründung einer Partei mit dem Namen „Deutsche Nationaldemokratische Partei“ plante. Ende 1945/Anfang 1946 flog die antisowjetische Gruppe auf, und deren Mitglieder kamen zunächst in deutsche, anschließend in sowjetische Haft. Gisela Dohrmann wurde am 29. oder 30. Dezember 1945 zunächst von der deutschen Polizei verhaftet, im Wittenberger Gefängnis verhört und später der sowjetischen Geheimpolizei übergeben. Über Perleberg kam sie am 5. Januar 1946 nach Brandenburg an der Havel, wo sie und die anderen Gruppenmitglieder weiter verhört wurden. Hier eröffnete am 5. Februar das Sowjetische Militärtribunal gegen die Wittenberger Gruppe die Verhandlung; angeklagt wurden die Beschuldigten auf der Grundlage von Artikel 58, Absatz 2 des russischen Strafgesetzbuches (konterrevolutionäre Tätigkeit). Am 9. Februar erfolgte die Verurteilung: Gisela Dohrmann erhielt zehn Jahre Lagerhaft. Zunächst wurde sie ins Zuchthaus Alt-Strelitz verbracht, das allerdings völlig überbelegt war. Mitte September 1946 wurde sie in das sowjetische Speziallager Nr. 7 verlegt, das die Baracken des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen nutzte. Hier

verbrachte sie unter erbärmlichen Bedingungen die folgenden Jahre, bis sie am 21. Januar 1950 im Zuge der Auflösung der sowjetischen Speziallager entlassen wurde. Sie kehrte nach Wittenberge zurück, wo ihr im Arbeitsamt ihrer Erinnerung nach ein Lehramtsstudium angeboten wurde. Da dies jedoch mit dem Eintritt in die SED verbunden war, lehnte Gisela Dohrmann ab; kurze Zeit später begab sie sich über West-Berlin nach Hamburg. Hier fand sie zunächst Arbeit in einer Radoröhrenfabrik und stieg zur technischen Angestellten auf. 1957 heiratete sie einen ehemaligen Mithäftling. Sie wurde Mutter eines Sohnes und einer Tochter. 1968 ließ sich das Ehepaar scheiden. Da Gisela Gneist mit der Geburt ihres Sohnes 1958 aus ihrem Beruf ausgeschieden war, arbeitete sie nach der Scheidung zunächst im Schreibdienst der Sozialbehörde in Hamburg, bevor sie am 1. September 1969 eine Stelle als Sekretärin am Lehrstuhl eines Anglistik-Professors an der Universität Hamburg antrat. Hier blieb sie bis zum Ende ihres Berufslebens. Nach der Wiedervereinigung engagierte sie sich in der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V., deren Vorsitzende sie 1995 wurde. Gisela Gneist starb am 22. März 2007 in Hamburg.

Die Amtszeit Gisela Gneists als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. fiel in eine Zeit fundamentaler Umbrüche und Neuorientierungen der (ost-) deutschen Gedenkstätten. Bis 1989 hatten die Mahn- und Gedenkstätten der DDR, z. B. die ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen, eine „erstarrte Geschichte“<sup>1</sup> präsentiert, die der Legitimation der SED-Herrschaft diene, einseitig den kommunistischen Widerstand bzw. kommunistische Opfer der NS-Verfolgung hervorhob und anderen Opfern der NS-Zeit, nicht zuletzt den verfolgten Juden, nur wenig Aufmerksamkeit widmete. Darüber hinaus wurde die „Nachgeschichte“ Sachsenhausens und Buchenwalds in Gestalt der dort ab 1945 eingerichteten sowjetischen Speziallager tabuisiert. Während in den Internierungslagern der Westalliierten nach 1945 weniger als 1 % der Insassen ums Leben gekommen waren, überlebten die sowjetischen Speziallager rund 35 % der Inhaftierten nicht, insgesamt rund 43000 Deutsche, die vor allem an den elenden Lebensbedingungen, an Hunger und Krankheiten zugrunde gingen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Joachim Käppner, *Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspraganda der DDR*, Hamburg 1999.

<sup>2</sup> Sergej V. Mironenko u.a. (Hrsg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950 Band 1: Studien und Berichte, Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik*, Berlin 1998. Insgesamt registrierte das NKWD zwischen 1945 und 1950 157.837 Häftlinge, darunter 122.671 Deutsche; nach neueren Erkenntnissen waren schätzungsweise bis zu 176.000 Personen in den Speziallagern inhaftiert: vgl. Jörg Morré, *Sowjetische Speziallager in Deutschland*, in: *Orte des Erinnerns an die Sowjetischen Speziallager und Gefängnisse in der SBZ/DDR*, Berlin 2020, S. 8.

Die Neuorientierung der Gedenkstätten in Ostdeutschland folgte fast durchgehend der vom Historiker Bernd Faulenbach geprägten Formel, dass „die NS-Verbrechen durch die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus nicht relativiert werden“ sollten und umgekehrt „die stalinistischen Verbrechen durch den Hinweis auf die NS-Verbrechen nicht bagatellisiert werden“ durften.<sup>3</sup> Dies hieß im Falle der Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen beispielsweise, die ehemaligen kommunistischen KZ-Häftlinge ebenso als Opfer der NS-Verfolgung zu würdigen wie die ehemaligen Insassen der sowjetischen Speziallager als Opfer stalinistischer Verfolgung, ohne den Angehörigen beider Gruppen für ihr Verhalten vor bzw. nach 1945 eine moralische Generalabsolution zu erteilen. Deshalb mussten sich beispielsweise ehemalige kommunistische Funktionshäftlinge des KZ Buchenwald ebenso kritische Fragen nach ihrem Verhalten gefallen lassen<sup>4</sup> wie die ehemaligen Häftlinge der sowjetischen Speziallager, zu denen auch ehemalige NS-Funktionäre und NS-Täter zählten. Die notwendige erinnerungskulturelle Gratwanderung führte in der Praxis zu heftigen Konflikten der verschiedenen Opfergruppen untereinander, nicht zuletzt auch zu massiven Angriffen auf die Leitungen der Gedenkstätten aus gänzlich unterschiedlichen politischen Richtungen. In der Gedenkstätte Sachsenhausen führte die Eröffnung des Speziallager-Museums im Dezember 2001 sogar zu einer Presseerklärung des russischen Außenministeriums, das der Gedenkstätte den abstrusen Vorwurf machte, die „Verbrechen des Faschismus und die Handlungen der sowjetischen Besatzungsmacht auf eine Stufe gestellt“ und dadurch „die Untaten von Naziverbrechern“ rein-gewaschen zu haben.<sup>5</sup>

Im Juni 2003 verwahrten sich Dr. Norbert Haase, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Prof. Dr. Volkhard Knigge, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, sowie die Historiker Prof. Dr. Lutz Niethammer und Dr. Alexander von Plato in einer gemeinsamen Erklärung gegen „die schrillen, häufig überzogenen, teilweise sogar bedenklichen, nicht selten verletzenden Töne“ vor allem in den Auseinandersetzungen um die Bewertung der Speziallager.<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. Bernd Faulenbach, Probleme des Umgangs mit der Vergangenheit im vereinten Deutschland. Zur Gegenwartsbedeutung der jüngsten Geschichte, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, S. 190.

<sup>4</sup> Lutz Niethammer (Hrsg.), Der gesäuberte Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994.

<sup>5</sup> Petra Haustein, Geschichte im Dissens. Die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Sachsenhausen nach dem Ende der DDR, Leipzig 2006, S. 14.

<sup>6</sup> Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen, Gemeinsame Erklärung von Norbert Haase, Volkhard Knigge, Günter Morsch, Lutz Niethammer und Alexander von Plato vom 26.6.2003.

Nun sind Kontroversen und Auseinandersetzungen essentieller Bestandteil der Erinnerungskultur jeder demokratischen Gesellschaft, und selbstverständlich hatten und haben die Interessenvertreter der ehemaligen nationalsozialistisch oder stalinistisch Verfolgten das Recht, legitimen Interessen der von ihnen Vertretenen auch robust Gehör zu verschaffen. Allerdings sahen sich die Leitungen der ostdeutschen Gedenkstätten nicht selten mit heftigen persönlichen Angriffen, Falschbehauptungen und offenen Verleumdungen konfrontiert, die ihre persönliche Integrität in Frage stellten.

Auch Gisela Gneist spielte in diesen Auseinandersetzungen eine mehr als problematische Rolle, wie nicht zuletzt ihre Antwort auf die gemeinsame Erklärung der Gedenkstättenleiter und Historiker offenbarte.<sup>7</sup> Deren Bemühungen um Ausgewogenheit und Differenzierung nahm sie in keiner Weise wahr, warf ihnen vielmehr in polemisch-konfrontativer Weise (und damit die Klagen der Historiker ungewollt bestätigend) vor, ihre „Arbeit als Historiker von Anfang an aus der Perspektive des Antifaschismus mit allen systemrelevanten Vorurteilen betrachtet“, und damit faktisch die Erinnerungspolitik der DDR fortgesetzt zu haben. Sie bestritt die wissenschaftliche Unabhängigkeit der Historiker und bezeichnete deren Position mit deutlich verschwörungstheoretischen Untertönen als „von Interessen diktiert“, ja als eine gesponserte „Loyalitätserklärung“. Sie hätten sich „im Spannungsfeld zwischen Objektivität und Parteilichkeit prostituiert“ (!). An wen die Wissenschaftler angeblich ihre Unabhängigkeit verkauft hatten, präziserte sie im Hinblick auf den Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Prof. Dr. Günter Morsch, unter Verwendung verkappt antisemitischer Untertöne. Morsch werde „keine Gelegenheit auslassen, um sich gegenüber dem Zentralrat der Juden und den jüdischen Opferverbänden ins rechte Licht zu setzen, um sich deren Wohlwollen zu erkaufen“. Brück wehrte Frau Gneist jede differenzierte Diskussion um ehemalige NS-Täter in den Reihen der Speziallager-Häftlinge ab und griff stattdessen – eine Quelle von Juni 1945 zitierend - die ehemaligen deutschen Häftlinge des KZ Sachsenhausen an, die vor allem aus „Berufsverbrechern, Asozialen, Indifferenten und inhaftierten Angehörigen der SS und sonstiger NS-Gliederungen“ bestanden hätten.

---

<sup>7</sup> Ebd., Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. (Gisela Gneist) vom 6.8.2003. Alle folgenden Zitate aus diesem Schreiben.

Nicht nur im Hinblick auf die Gruppe der Speziallager-Insassen verweigerte sich Frau Gneist jeder differenzierenden Diskussion; auch im Hinblick auf ihre eigene Person war sie zu einer (selbst-)kritischen Reflexion nicht bereit. So räumte sie in einem lebensgeschichtlichen Interview mit einer Mitarbeiterin des US Holocaust Memorial Museums 2001 zwar ein, in der NS-Zeit als Jungmädelführerin des Bundes Deutscher Mädel (BDM) fungiert zu haben, schilderte ihre Tätigkeit jedoch rückblickend als unpolitisches Idyll, in dem man „viel gesungen“, „gebastelt“ und „Sport gemacht“, aber von Verbrechen „nichts gewusst“ habe. Ihr Vater habe sich der NSDAP „sehr früh schon“ angeschlossen, weil ihm wirtschaftlich „das Wasser bis zum Hals“ gestanden habe.<sup>8</sup> Auch dies wirkt als Erklärung zweifelhaft, bot doch die NSDAP ihren frühen Mitgliedern vor der Machtübernahme keinerlei wirtschaftliche Vorteile, sondern verlangte ihnen im Gegenteil sogar materielle Opfer ab.

Auch für die antisowjetische Gruppe in Wittenberge, der Gisela Gneist 1945 angehört hatte, drängen sich hinsichtlich des politischen Vorlebens und der Tätigkeit der Mitglieder rückblickend kritische Fragen auf.<sup>9</sup> Zwar wurden die Verurteilten ab 1995 rehabilitiert,<sup>10</sup> wobei es für diesen Beschluss keine Rolle spielte, dass das SMT-Verfahren gegen sie keinerlei rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprach. Allerdings konnte der sowjetischen Besatzungsmacht nicht pauschal das Recht abgesprochen werden, gegen die Gruppe vorzugehen, die u. a. geplant haben soll, sich Waffen zu beschaffen. Sie firmierte unter dem schillernden Parteinamen „Deutsche Nationaldemokratische Partei“ und bestand fast ausschließlich aus Personen sehr jungen Alters, die in der NS-Zeit sozialisiert worden waren. Als stellvertretender Vorsitzender fungierte ein ehemaliger SS-Offiziersanwärter. Die hektographierte Zeitschrift der Gruppe trug den bezeichnenden Titel „Germanische Freiheit“ und enthielt den Erinnerungen eines ehemaligen Gruppenmitglieds zufolge „aufklärende Artikel über den Bolschewismus“.<sup>11</sup> Leider erhielten wir keinen Einblick in die Originalakten des Verfahrens, in denen möglicherweise beschlagnahmte Exemplare der „Germanischen Freiheit“ näheren Aufschluss über die Frage hätten geben können, in welchem Umfang sich die Gruppe in der Ideenwelt des vormaligen nationalsozialistischen Anti-Bolschewismus bewegte.

---

<sup>8</sup> Zitate aus Teil 3 des Interviews mit Gisela Gneist vom 31.5.2001, anzuhören unter <https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn509713>.

<sup>9</sup> Zu dieser Gruppe siehe Andreas Weigelt u.a. (Hrsg.), Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie, Göttingen 2015, S. 406f.

<sup>10</sup> Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen, Beschluss zum Fall G. M■■■■e, K■■■■ und anderen Moskau, 7.2.1995 (übersetzt).

<sup>11</sup> Bundesarchiv, B 289 (Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit), VA 1181/22/12, KgU-Protokoll H■■■■ K■■■■, 05.03.1952.



Deutschland und der Durchbruch einer nahezu globalen Holocaust-Erinnerung rückten seit den 1990er Jahren die ungeheuerlichen Dimensionen der NS-Verbrechen in den Vordergrund, die in den Jahrzehnten zuvor oft bemäntelt und beschwiegen worden waren, solange die Zeitgenossen des „Dritten Reiches“ noch verantwortliche Positionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eingenommen hatten. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten hatten in der Bundesrepublik vor allem die deutschen Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung im Mittelpunkt des Interesses gestanden, ehe seit den 1990er Jahren endlich auch die NS-Täter und das „Mitmachen“ weiter Teile der Gesellschaft in den Fokus der Öffentlichkeit rückten. Mit einer angeblichen Kontinuität des DDR-„Antifaschismus“ hatte diese Entwicklung allerdings nichts zu tun. Dennoch hatten es die deutschen Opfer stalinistischer Verfolgung unter diesen Umständen nicht immer leicht, eine entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit zu finden. Nicht ganz zu Unrecht ist im Hinblick auf die Speziallager von einer erinnerungskulturellen „Leerstelle“ gesprochen worden.<sup>17</sup> Frustrationen darüber sind durchaus nachvollziehbar, zumal Interessenvertreter der Speziallager-Häftlinge in den jeweiligen Gedenkstätten bei den ehemaligen NS-Verfolgten, partiell auch bei den Leitungen der Gedenkstätten nicht immer auf besondere Sympathien trafen.<sup>18</sup> Allerdings schlugen diese Frustrationen und Konflikte bei Gisela Gneist in deren letzten Lebensjahren in eine Fundamentalopposition gegen die dominierende Erinnerungskultur um, die zudem keine Berührungspunkte gegenüber rechtsextremistischen Positionen und Personen erkennen ließ: So gehörte Frau Gneist zu den Unterzeichnern des Aufrufs „Gegen das Vergessen“ aus Anlass des 60. Jahrestags des Kriegsendes am 8. Mai 2005.<sup>19</sup> Verantwortlich für den Aufruf zeichnete das „Institut für Staatspolitik“, eine u. a. vom Publizisten Götz Kubitschek gegründete neurechte Denkfabrik, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt wird. In impliziter Kritik an der von Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 formulierten Sicht, dass der 8. Mai auch für die Deutschen ein Tag der Befreiung gewesen sei, stellte der Aufruf die Deutschen vor allem als Opfer dar und den 8. Mai u. a. als „Tag der Niederlage der Wehrmacht, [...] Beginn der deutschen Teilung und des teilweise grausamen Schicksals der Zivilbevölkerung und der Soldaten in den Nachkriegsjahren“.

---

<sup>17</sup> Vgl. Bettina Greiner, Sowjetische Speziallager in Deutschland. Anmerkungen zu einer erinnerungskulturellen „Leerstelle“, in: Andreas Wirsching u.a. (Hrsg.), Erinnerung an Diktatur und Krieg. Brennpunkte des kulturellen Gedächtnisses zwischen Russland und Deutschland seit 1945, Berlin, München, Boston 2015, S. 377-386.

<sup>18</sup> Vgl. Haustein, Geschichte im Dissens, S. 431ff.

<sup>19</sup> 8. Mai 1945-8. Mai 2005, Gegen das Vergessen, Anzeige, u.a. abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.4.2005.



Im gleichen Jahr 2005 lud Gisela Gneist den ins neurechte Lager abgedrifteten Schriftsteller und Journalisten Ulrich Schacht als Redner zu einer Veranstaltung in der Gedenkstätte Sachsenhausen ein, in der Schacht in einer polemischen Rede gegen die „Republik der Leid-Selektierer und Opfer-Sortierer“ Front machte und dem damaligen Außenminister Fischer wegen dessen These, dass das Gedenken an Auschwitz Teil der deutschen Staatsräson sei, einen „sadistischen Charakter“ bescheinigte.<sup>20</sup> Im darauffolgenden Jahr unterzeichnete Frau Gneist einen von Ulrich Schacht mitgetragenen Aufruf gegen den Ausschluss der Zeitung „Junge Freiheit“ von der Leipziger Buchmesse.<sup>21</sup>

Mehrfach musste sich der Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Prof. Dr. Günter Morsch, zum Teil mit juristischen Mitteln gegen Behauptungen u. a. von Gisela Gneist zur Wehr setzen, die ihm unterstellten, er habe die Insassen der sowjetischen Speziallager als Opfer zweiter oder dritter Klasse bezeichnet oder anderweitig herabgewürdigt. Zuletzt griff Frau Gneist in diesem Sinne 2006 Morsch an, in einer gemeinsamen Presseerklärung mit Eva-Maria Storbeck, die dabei als Vertreterin eines Opferverbandes auftrat, aber bis in dasselbe Jahr stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes der „Republikaner“ in Brandenburg war.<sup>22</sup>

Keine Berührungsängste zeigte Gisela Gneist auch gegenüber dem Rechtsextremisten Gustav Rust, ebenfalls langjähriges Mitglied der „Republikaner“, der sich selbst als „nationaler Sozialist – aber ohne Gaskammer“ bezeichnet.<sup>23</sup> Sie besuchte ihn mehrfach an seiner Privatgedenkstätte am Reichstag, wo Rust u. a. rechtsextremistische Schriften auslegte und Beschwerden ausländischer Diplomaten auslöste. Rust dokumentierte die Besuche der „Kameradin Gisela Gneist“ auf seiner Website.

---

<sup>20</sup> Zum Schacht-Auftritt siehe Berliner Zeitung, 16.8.2005: Eklat um Gedenkfeier in Sachsenhausen. Publizist nutzt Trauerrede zur politischen Attacke.

<sup>21</sup> Liste der Unterzeichner siehe <https://jf-archiv.de/archiv06/200608021722.htm>.

<sup>22</sup> Gemeinsame Presseerklärung von Gisela Gneist und Eva-Maria Storbeck vom 15.8.2006, als Quelle gepostet von einem Holocaust-Leugner am 28.8.2006, der im Vorspann vom „Sachsenhausen Gaskammer Schwindel“ schrieb und den Direktor Günter Morsch als „gehirngewaschenen Nestbeschmutzer“ bezeichnete: <http://rohdothforum.vuku.com/topic/4988/t/Streit-in-Sachsenhausen.html> (Ausdruck vom 27.9.2010).

<sup>23</sup> Zu Gustav Rust siehe Stefan Berg/John Goetz, Der Mann, der Berlin blamiert, in: Spiegel Online, 31.03.2008. Online: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/protest-am-reichstag-der-mann-der-berlin-blamiert-a-543460.html>. Zu den Besuchen Gisela Gneists bei Rust siehe : <https://www.gustav-rust-berlin.de/28-lob-und-kritik-durch-kameraden-und-andere>.

Insgesamt zeichnen die verschiedenen Vorgänge um Frau Gneist das Bild einer Person, die zwar engagiert für die Interessen und öffentliche Wahrnehmbarkeit der ehemaligen Insassen der sowjetischen Speziallager eintrat. Dabei schoss sie jedoch mehr als einmal in problematischer Weise über das Ziel hinaus, verweigerte sich jeder differenzierten Diskussion um die Vergangenheit eines Teils der Inhaftierten, igelte sich in polemischer Konfrontation gegen die Gedenkstättenleitungen nach 1989 ein und verharrte schließlich in einer Oppositionshaltung gegen die Erinnerungskultur der Bundesrepublik, oftmals in enger Verbindung mit verschiedenen Personen am rechten und rechts-extremen Rand des politischen Spektrums.

München, 10. November 2021



Prof. Dr. Andreas Wirsching  
Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin